

Rede zur Einbringung des Haushaltsplans 2026

Stadt Bad Rappenau

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute bringe ich den Haushaltsplan der Stadt Bad Rappenau für das Jahr 2026 ein.

Und ich möchte dies ganz bewusst nicht mit Zahlen, Tabellen oder Produktplänen beginnen, sondern wie üblich mit einem grundsätzlichen Blick auf die Lage unseres Landes – und auf die Rolle, die wir als Kommune darin spielen.

Denn die Lage ist ernst. Das spüren die Städte und Gemeinden. Das spüren die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen. Und das spüren die Menschen, die jeden Tag darauf angewiesen sind, dass staatliches Handeln funktioniert.

Der leider immer noch andauernde Krieg in der Ukraine führt uns schmerhaft vor Augen, dass Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Gleichzeitig erleben wir tiefgreifende globale Machtverschiebungen. Die Vereinigten Staaten von Amerika ziehen sich wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch zunehmend zurück. Ein autoritär und alles andere als demokratisch geführtes China strebt nach und erlangt immer mehr Einfluss auf der Welt.

Gewissheiten, auf die wir uns Jahrzehntelang verlassen konnten, gelten nicht mehr.

Und damit müssen wir uns auch einer unbequemen Wahrheit stellen: Die Zeiten sind vorbei, in denen wir uns sehr hohe Sozialstandards leisten konnten, ohne selbst in vergleichbarem Maße Verantwortung für unsere Sicherheit zu übernehmen. Über viele Jahre hinweg konnten wir darauf vertrauen, dass andere – allen voran die USA – einen erheblichen Teil dieser Sicherheitsverantwortung für uns getragen haben. Das hat gigantisch große finanzielle Spielräume eröffnet. Hätten wir auch nur einen einzigen Flugzeugträger selbst bauen, ausrüsten und dauerhaft betreiben müssen, wäre uns vermutlich sehr früh sehr klar geworden, welche Prioritäten finanzierbar sind – und welche nicht.

Die sogenannte Friedensdividende wurde leider nur zu einem geringen Teil für echte Zukunftsinvestitionen genutzt: für Infrastruktur, Bildung, Innovation, Resilienz oder Sicherheit. Stattdessen ist sie in erheblichem Umfang in Sozial- und andere konsumtive Ausgaben geflossen. Ausgaben, die dauerhaft binden, die stetig wachsen und die sich nur sehr schwer wieder zurückführen lassen.

Diese Entwicklung fällt uns nun auf die Füße. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – in Zeiten von Rezession und steigender Unsicherheit – werden die strukturellen Folgen sichtbar. Europa – und damit auch

Deutschland – muss heute mehr Verantwortung übernehmen: für seine Sicherheit, für seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Gleichzeitig geraten wir wirtschaftlich immer weiter unter Druck. Ein weiteres Jahr Rezession, eine schwächernde Industrie, riesige – selbstgemachte – energiepolitische Herausforderungen, Standortverlagerungen und wachsender internationaler Wettbewerbsdruck haben unserer Volkswirtschaft spürbar an Dynamik genommen. Doch wirtschaftliche Stärke und Wachstum sind kein Selbstzweck und entgegen mancher für mich völlig unverständlicher Diskussionsbeiträge wahrlich nichts Verwerfliches. Wachstum ist die Grundlage für all das, was unser Gemeinwesen trägt: für einen funktionierenden Sozialstaat, für einen handlungsfähigen Rechtsstaat und für eine stabile, lebendige Demokratie in Wohlstand.

Und diese Demokratie lebt nicht in Gesetzen oder Ministerien. Sie lebt hier. In unseren Städten und Gemeinden. Hier entscheidet sich tagtäglich, ob der Staat als verlässlich, gerecht und leistungsfähig wahrgenommen wird. Ob Vertrauen entsteht – oder verloren geht.

Straßen und Brücken, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Kitas und Schulen, Feuerwehr, Sport- und Kulturstätten, Vereinsförderung, Grünanlagen, Plätze und öffentliche Räume – all das

sind keine Randthemen. Es ist die konkrete Lebenswirklichkeit der Menschen. Es ist kommunale Daseinsvorsorge im wahrsten Sinne.

Ohne handlungsfähige Kommunen gibt es keinen funktionierenden Staat. Doch genau diese Handlungsfähigkeit ist zunehmend gefährdet. Die kommunalen Finanzen befinden sich bundesweit – und auch hier in Baden-Württemberg – in einer dramatischen Entwicklung. Und diese betrifft längst nicht mehr nur freiwillige Leistungen. In immer mehr Städten und Gemeinden geht es inzwischen um die Frage, ob sogar Pflichtaufgaben dauerhaft überhaupt noch erfüllt werden können.

Was das konkret bedeutet, kennen wir in Bad Rappenau bisher nur aus Erzählungen –vielerorts ist es aber bereits Realität: Sanierungen von Sporthallen, Schulen oder Kindergärten werden verschoben oder gestrichen. Investitionen in Klimaschutz oder Klimawandelanpassung fallen weg. Gebühren steigen. Hebesätze geraten unter Druck. Frei- und Hallenbäder werden geschlossen, Vereinsförderung wird in Frage gestellt. Die Öffnungszeiten öffentlicher Einrichtungen werden reduziert.

Wir erleben dabei nicht nur eine finanzielle Überlastung, sondern es handelt sich um ein strukturelles Problem. Über Jahre hinweg wurden dem Staat und der öffentlichen Hand immer neue Aufgaben übertragen, Standards und Leistungsniveaus in allen

Lebensbereichen erhöht, Einzelfallgerechtigkeit als Maßstab ausgerufen und Leistungsversprechen abgegeben, ohne dauerhaft sicherzustellen, dass diese auch finanziell und personell leistbar sind. Die Summe staatlicher Versorgungsversprechen hat ein Ausmaß erreicht, das mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr erfüllt werden kann.

Deshalb braucht es - wie es auch die kommunalen Spitzenverbände fordern - eine mutige, gesamtstaatliche Reform. Eine ehrliche Aufgaben- und Standardkritik. Es braucht den Mut, Prioritäten zu setzen, und die Bereitschaft, neu zu fragen: Was kann und muss der Staat leisten – und was kann und muss er nicht mehr leisten, ohne sich selbst zu überfordern? Nicht um Leistungen abzubauen um des Sparens willen, sondern um staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern.

Unser Gemeinwesen ist kein „On-Demand Service“ und auch keine Vollkaskoversicherung für alle Lebenslagen. Er ist kein System, in dem man Leistungen konsumiert, ohne selbst etwas beizutragen. Unsere demokratische Gesellschaft lebt von Verantwortung, von Gemeinsinn – und von der Bereitschaft, auch unbequeme Wahrheiten und am Ende auch Härten auszuhalten.

Der Haushaltsplan der Stadt Bad Rappenau für das Jahr 2026, den wir Ihnen heute vorlegen, ist demzufolge unter außergewöhnlich schwierigen Rahmenbedingungen entstanden. Zeitlich war vieles äußerst knapp. Das Leistungsniveau des FAG sowie die

Rahmenbedingungen aus dem Landkreis lagen erst spät vor, sodass es Frau Schulz zeitlich nicht möglich war, rechtzeitig zur heutigen Einbringung den Vorbericht fertigzustellen. Nicht wenige Kommunen haben aufgrund der gegebenen Umstände die Haushaltseinbringung zeitlich verschoben, auch weil sie nicht wissen, wie sie einen genehmigungsfähigen Haushalt entwerfen sollen. Auch bei uns war es die bisher anspruchsvollste Haushaltsaufstellung meiner bisherigen Amtszeit.

Ja, wir konnten am Ende einen genehmigungsfähigen Haushalt erarbeiten – aber nur mit erheblichem Aufwand und spürbaren Einschnitten. Ausgeglichen ist der Ergebnishaushalt keineswegs. Wir planen mit einem ordentlichen Ergebnis von – 4,28 Mio. Euro, welches durch ein Sonderergebnis in Höhe von 1,5 Mio. Euro auf ein geplantes Gesamtergebnis in Höhe von -2,78 Mio. Euro hinausläuft. Hierbei ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass gewisse Unsicherheiten in unseren Planungen verbleiben. So halte ich es zwar angesichts der mittlerweile wieder etwas besser laufenden Gewerbesteuereinnahmen für vertretbar, den Ansatz im Jahr 2026 wieder auf 12 Mio. Euro festzusetzen. Ich vertraue hier aber ausdrücklich auf die Zusage der Politik, dass die der Wirtschaft in Aussicht gestellten Steuererleichterungen nicht zu Lasten der Kommunen gehen werden. Dass das gesamtwirtschaftliche Umfeld eine hohe Volatilität bereithält, brauche ich nicht besonders zu betonen. Es ist uns aber dank der Bemühungen der Kämmerei und der einzelnen

Fachämter immerhin gelungen, einen positiven Zahlungsmittelüberschuss im kommenden Haushaltsjahr in einer Höhe darzustellen, die ausreicht, um unsere Kreditverbindlichkeiten zu bedienen. Insoweit handelt es sich um ein wichtiges, haushaltsrechtliches Signal im Sinne der Genehmigungsfähigkeit.

Und ich sage das sehr klar: Es handelt sich nicht um hausgemachte, Bad Rappenauer Probleme, sondern um strukturelle Fehlentwicklungen, die ALLE Kommunen betreffen und die nur durch Bund und Land gelöst werden können. Es wird deshalb sehr darauf ankommen, inwiefern bei dem für Anfang des kommenden Jahres geplanten Spitzengespräch mit dem Bundeskanzler zur finanziellen Lage der Kommunen Lösungsansätze gefunden werden.

Ein erster Schritt wurde insofern durch das Sondervermögen des Bundes bereits gegangen. Bad Rappenau wird hieraus einen Betrag in Höhe von ca. 13,2 Mio. Euro erhalten, was unsere Investitionsfähigkeiten positiv beeinflusst. Diese Mittel wurden aufgrund der ursprünglichen Ankündigung, wonach sie auf 12 Jahre zu verteilen seien, in dem Ihnen vorliegenden Haushaltsentwurf nur mit jährlich ca. 1,1 Mio. Euro berücksichtigt. Erst in den vergangenen Tagen wurde aber bekannt, dass die Mittel auch en bloc für größere Ausgaben auf einmal abgerufen werden können. Dies führt sicherlich zu einer deutlich verbesserten Finanzierbarkeit unserer geplanten

Investitionen und wird im Rahmen der Änderungsliste zur Beschlussfassung über den Haushalt in der kommenden Februarsitzung Berücksichtigung finden.

Die von uns geplanten und laufenden Investitionen sind ebenfalls nicht das Problem. Auch große Projekte – wie etwa das RappSoDie – belasten den Haushalt zwar punktuell, nicht aber strukturell. Investitionen schaffen und erhalten Werte, Infrastruktur, Zukunftsfähigkeit und sorgen für Generationengerechtigkeit. Denn wir sollten unseren Kindern und Enkeln nach meiner festen Überzeugung keinen Sanierungsstau, sondern eine möglichst intakte und funktionale Infrastruktur hinterlassen, wobei der Maßstab natürlich immer das finanziell Machbare sein wird und nicht etwa Wunschvorstellungen oder falsch verstandener Perfektionismus.

Das eigentliche Problem liegt im Ergebnishaushalt, also bei den laufenden Ausgaben. Bei immer neuen Aufgaben, die den Kommunen verordnet werden, ohne dass eine entsprechend **auskömmliche** und **vollständige** Gegenfinanzierung erfolgen würde. Das Konnexitätsprinzip (also der Grundsatz wer bestellt, bezahlt) wird - wenn überhaupt - nur zum Teil gelebt. Üblich sind insofern Teilfinanzierungen, die die Kommunen zusätzlich in die Pflicht nehmen. Oder zeitlich befristete Förderprogramme, die Standards und Leistungen etablieren, welche bei späterem Wegfall der

Förderung politisch nur sehr schwer wieder abzuschaffen sind.

Gesellschaftlich – und politisch – wurde entschieden, dass in der kommunalen Welt kaum etwas wichtiger ist, als die Kinderbetreuung. Zu diesem Schluss muss man kommen, wenn man sieht, dass ein sehr hoher Anteil unserer laufenden Ausgaben auf diese Pflichtaufgabe entfällt. Und obwohl wir insofern bereits ein – wie ich finde – beachtlich hohes Niveau erreicht haben, werden und wurden von der Politik Betreuungszeiten weiter ausgeweitet, Qualitätsanforderungen erhöht, weitere Rechtsansprüche geschaffen. Der Personalbedarf bleibt demzufolge hoch, die Personalkosten steigen weiter. Und diese Kosten binden dauerhaft Ressourcen – Jahr für Jahr. Ressourcen, die dann nicht mehr zur Verfügung stehen für die Unterhaltung von Straßen und Wegen, für Gebäude, für Fahrradwege, für Plätze, Parks und andere öffentliche Einrichtungen.

Um den Ergebnishaushalt darstellen zu können, mussten wir angesichts der steigenden, laufenden Kosten spürbar bei den Unterhaltungsbudgets der technischen Ämter sparen. Das ist kein guter Weg – und ganz sicher kein nachhaltiger. Denn jede heute unterlassene Unterhaltung ist die teure Sanierung von morgen. Aber im Ergebnishaushalt verfügen wir leider nicht über sehr viele Stellschrauben, um die Ausgaben in einem Ausmaß zu senken, welches nötig war, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Die angesichts der angespannten Finanzlage der Kommunen beschlossene, zusätzliche Unterstützung des Landes Baden-Württemberg im Rahmen des Finanzausgleichs – insgesamt immerhin 550 Millionen Euro für die Kommunen – war richtig und notwendig und bringt uns einmalig Mehreinnahmen von rund 1 Mio. Euro im Jahr 2026. Diese Entlastung tut gut. Doch der positive Effekt droht unmittelbar wieder zunichte gemacht zu werden. Denn der Landkreis hat wegen eigener erheblicher finanzieller Herausforderungen angekündigt, die Kreisumlage um drei Prozentpunkte erhöhen zu wollen.

Für Bad Rappenau bedeutet allein das im Jahr 2026 eine Mehrbelastung von rund **1 Million Euro im Ergebnishaushalt** im Vergleich zu unseren bisherigen Planungen, welchen wir eine Steigerung um lediglich einen Prozentpunkt zugrunde gelegt hatten. Wenn es so kommt, kann man zugespitzt sagen: Das Land könnte seine zusätzlichen Mittel aus dem FAG auch direkt an den Landkreis Heilbronn überweisen, der im Übrigen ebenfalls zusätzliche Mittel aus dem FAG erhält.

Besonders problematisch ist, dass auch für die kommenden Jahre weitere Erhöhungen der Kreisumlage in Aussicht gestellt werden. Planerisch lässt sich diese Entwicklung im Rahmen unserer mittelfristigen Finanzplanung nur durch eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes einigermaßen kompensieren,

welche wir in den Jahren ab 2027 leider einplanen mussten.

Ich sage es hier ganz klar: Ich halte Steuererhöhungen für den absolut falschen Weg. Die Menschen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, Betriebe, die investieren, Mitarbeiter beschäftigen und Verantwortung übernehmen – also diejenigen Gesellschaftsgruppen, die diesen Staat am Laufen halten und selbst nur wenige Leistungen in Anspruch nehmen, sollten meiner Meinung nach nicht noch stärker belastet werden, nur um strukturelle Probleme an anderer Stelle zu kaschieren. Wenn der nunmehr vom Landkreis skizzierte Weg jedoch tatsächlich so eingeschlagen wird, bleiben am Ende nur zwei Optionen: Entweder wir sparen noch stärker bei den städtischen Unterhalts- und sonstigen Leistungen – mit schnell sichtbaren Folgen für Infrastruktur, Stadtbild und Stadtgesellschaft. Oder wir erhöhen die Steuereinnahmen.

Beides halte ich für falsch. Und genau deshalb brauchen wir eine grundsätzliche Kurskorrektur auf der Bundes- und Landesebene. Dort wird zwar über die großen Prioritätensetzungen und Geldflüsse entschieden, aber in den Kommunen entscheidet sich, ob staatliches Handeln glaubwürdig bleibt und auch so wahrgenommen wird. Und deshalb braucht es Realismus und den Mut zur Erneuerung.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich nun auf die Investitionsschwerpunkte des Haushaltsjahres 2026 eingehen.

Zunächst zum größten Einzelprojekt: **Rund 11,4 Millionen Euro** wollen wir 2026 in den Abriss und Neubau des Solebads **RappSoDie investieren**. Dieses Projekt steht beispielhaft für unseren Anspruch, zentrale Einrichtungen nicht nur zu erhalten, sondern zukunftsfähig neu aufzustellen – funktional, wirtschaftlich und energetisch.

Gleichzeitig gilt aber: Das RappSoDie ist **nicht** das einzige Investitionsvorhaben – und auch nicht das einzige Schwergewicht.

Ein erheblicher Teil unserer Mittel fließt in den Bereich **Verkehrsflächen, Mobilität und öffentliche Infrastruktur**. Insgesamt investieren wir hier **rund 4,3 Millionen Euro**.

Dazu zählen unter anderem:

- **930.000 Euro** für die LED-Umrüstung und den Austausch der Straßenbeleuchtung im gesamten Stadtgebiet,
- **529.000 Euro** für die Erneuerung der Personenaufzüge am Bahnhof Bad Rappenau,
- **500.000 Euro** für Planungskosten zur Reaktivierung der Krebsbachtalbahn,
- **500.000 Euro** für Planungskosten zur Realisierung der Bahnunterführung „Hinter dem Schloss“,

- **100.000 Euro** für den Bau eines Radwegs im Zimmerhof, wo im kommenden Jahr eine Verbindung vom Meyerhof zum Normamarkt realisiert werden soll. Im Jahr 2027 soll die Verbindung dann in Richtung Hohenstadt fortgesetzt werden.
- **460.000 Euro** für die Gehwegerneuerung in der Dorfstraße in Treschklingen und weitere **112.000 Euro** für den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen im Zusammenhang mit der Sanierung der Ortsdurchfahrt durch den Landkreis,
- **238.000 Euro** für kleinere, aber notwendige investive Maßnahmen im Straßen- und Wegebau,
- **120.000 Euro** für Planungsleistungen für die Sanierung der Heinsheimer- und Kirchenstraße, welche ab 2027 erfolgen soll.

Diese Maßnahmen zeigen sehr deutlich: Unser Fokus liegt nicht etwa nur auf der Schaffung immer neuer Infrastruktur, sondern auf dem **Erhalt des Bestands** – auf Sicherheit, Barrierefreiheit und Substanzerhalt.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich **Sport und Sportstätten**. Hier investieren wir insgesamt **rund 3,6 Millionen Euro**.

Der mit Abstand größte Posten ist die **Generalsanierung der Krebsbachhalle in Obergimpern mit 3,08 Millionen Euro**. Ergänzt wird dies durch:

- **230.000 Euro** Investitionszuschüsse an Sportvereine
- sowie **150.000 Euro** für Brandschutzmaßnahmen in der Mühlthalhalle.

Das ist eine bewusste Entscheidung zugunsten des Ehrenamts, der Vereinsarbeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Auch der Bereich **Bildung** bildet einen klaren Investitionsschwerpunkt. Für unsere Schulen sind im Jahr 2026 **rund 3,1 Millionen Euro** vorgesehen. Konkret bedeutet dies:

- **1,565 Millionen Euro** für die Fortsetzung der Generalsanierung der Grundschule Heinsheim,
- **1,365 Millionen Euro** für den Neubau der Kernzeitbetreuung in Babstadt,
- sowie **100.000 Euro** für Planungsleistungen für die Fassadensanierung des F-Baus an der Verbundschule Bad Rappenau.

Für unsere **Kindertageseinrichtungen** sind Investitionen in Höhe von **rund 2,4 Millionen Euro** vorgesehen. Dazu gehören:

- **1,65 Millionen Euro** Investitionszuschuss für die Erweiterung der Kita St. Raphael in Bad Rappenau,
- **200.000 Euro** für die Schlussfinanzierung des Anbaus am Kindergarten Biberacher Straße in Bonfeld,

- **151.000 Euro** Investitionszuschuss für den Kindergarten Grombach,
- sowie **145.000 Euro** für den Anbau eines Sozialraums an der Kita Babstadt.

Ein weiterer zentraler Bereich ist der **Brand- und Bevölkerungsschutz**. Hier investieren wir insgesamt **rund 950.000 Euro**. Zum Beispiel:

- **252.000 Euro** für Geräte und Fahrzeuge der Feuerwehr,
- **415.000 Euro** für den Ausbau der Sirenenwarnanlagen in allen Ortsteilen, wobei dies wie in der Vergangenheit unter dem Vorbehalt des Erhalts einer Förderung besteht.
- **192.000 Euro** für die Einführung des Digitalfunks.

Auch **Natur- und Landschaftspflege** sind Teil unseres Investitionsprogramms. Hier sind **rund 780.000 Euro** vorgesehen, unter anderem:

- **221.000 Euro** für die Renaturierung des Treschklinger Bachs,
- **200.000 Euro** für die Renaturierung des Seelesbachs,

Das seit Jahren etablierte und sehr erfolgreiche PV-Förderprogramm wurde übrigens – wie in den Vorjahren – mit 25.000 Euro im Ergebnishaushalt berücksichtigt.

Abgerundet wird das Investitionsprogramm durch Maßnahmen im Bereich **Kureinrichtungen und**

Tourismus mit rund 350.000 Euro, darunter **270.000 Euro** für die Erneuerung des Personenaufzugs am Salinensteg, sowie durch sonstige Investitionen – etwa **580.000 Euro** für die Sanierung des Salinencafés und Mittel für Fahrzeuge und Geräte des Bauhofs.

Dieses Investitionsprogramm zeigt sehr deutlich: Wir investieren breit, verantwortungsvoll und mit Augenmaß. Gerade in finanziell schwierigen Zeiten ist das der richtige Weg. Denn funktionierende Infrastruktur ist keine Selbstverständlichkeit – sie ist das Ergebnis kontinuierlicher, verantwortungsvoller Investitionsentscheidungen. Und genau dafür steht der Haushalt 2026.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Frau Schulz und ihrem Team in der Kämmerei für die geleistete Arbeit und die Geduld, die diesmal nötig war. Auch danke ich allen, die in den einzelnen Ämtern an der Aufstellung mitgewirkt haben. Es war diesmal wirklich nicht leicht. Jeder hat den Anspruch, für Bad Rappenau das Beste zu tun. Und wenn dies mangels finanzieller Spielräume nicht immer möglich ist, macht das natürlich niemanden glücklich.

Mein Dank geht darüber hinaus an alle Bediensteten der Stadtverwaltung für die im auslaufenden Jahr 2025 geleistete Arbeit und natürlich an unsere freiwillige Feuerwehr für ihren pflichtbewussten und sehr geschätzten Einsatz.